

ANTRAG Stadträtin Doris Baitinger (SPD) Stadtrat Natascha Roth (SPD) SPD-Gemeinderatsfraktion vom 20. Juli 2007	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	42. Plenarsitzung des Gemeinderates 25.09.2007 1119 20 öffentlich
Bewirtschaftung der Parkplätze in der Bahnhofstraße und in der Schwarzwaldstraße		

1. Für die Benutzung der öffentlichen Parkplätze in der Bahnhofstraße sowie in der Schwarzwaldstraße wird an allen Wochentagen für die Zeit von 6:00 bis 18:00 Uhr gemäß § 2 Abs. 2 der Rechtsverordnung der Stadt Karlsruhe über Parkgebühren (Tarifzone 2) eine Gebühr erhoben. Inhaber eines Parkausweises der Zone C 1 werden von der Gebührenpflicht ausgenommen.
2. Für die Zeit von 18:00 bis 6:00 Uhr verbleibt es bei der bisherigen Parkraumregelung. Die an der westlichen Seite der Bahnhofstraße eingerichteten Parkverbote bleiben bestehen, um den Bewohnern der Straße auch künftig das Be- und Entladen ihrer PKW zu erleichtern.

Sachverhalt/Begründung:

Durch unentgeltliches Parken wird der motorisierte Individualverkehr gefördert, obwohl Stadtgarten und Bahnhof sehr gut an den ÖPNV angebunden sind. Daher bietet der ÖPNV eine gute Alternative zur Benutzung des Autos. Darüber hinaus ist es nicht sinnvoll, Parkhäuser im Hauptbahnhof und am Kongresszentrum vorzuhalten, zugleich jedoch Autofahrer zu animieren, kostenfrei ihr Fahrzeug in einem Wohnquartier abzustellen.

Vernünftigerweise ist daher der Parkraum in der Bahnhofstraße sowie in der Schwarzwaldstraße zu bewirtschaften (vgl. auch die grundsätzliche Empfehlung in Nr. X.5 VwV-StVO zu § 45 Abs. 1 - 1 e StVO).

Durch eine Bewirtschaftung kann der Parksuchverkehr im Wohnquartier reduziert werden, da künftig nicht mehr zuerst die bislang noch kostenlosen Parkplätze und erst, wenn diese belegt sind, die Parkhäuser angesteuert werden. Vor allem Besucher des Stadtgartens sollten durch eine bessere Werbung und Wegweisung in das Parkhaus am Kongresszentrum, das noch große Kapazitäten bietet, geleitet

werden. Die Einführung eines Kombitickets für den Eintritt in den Stadtgarten und die Hin- beziehungsweise Rückfahrt mit dem ÖPNV sollten als zusätzliche Anreize, Busse und Bahnen zu nutzen, geprüft werden.

unterzeichnet von:

Doris Baitinger

Natascha Roth

Hauptamt - Sitzungsdienste -

14. September 2007